

Die nationalistische Sackgasse der palästinensischen Widerstandsbewegung

Einleitung

In der zweiten Ausgabe unserer Zeitschrift PROLETARISCHE FRONT haben wir zur Situation im Nahen Osten in mehreren Thesen Stellung genommen und zugleich in einem größeren Beitrag über den "Politischen Zionismus und die kapitalistische Entwicklung in Israel" die erste Teileinschätzung abgehandelt und zur Diskussion gestellt. Wenn wir in dieser Nummer einen zweiten Beitrag über die "Al Fatah" und die "PFLP" folgen lassen und unsere Auseinandersetzung mit den Problemen des Klassenkampfes im Nahen Osten fortsetzen, wird es notwendig sein, von unserer damaligen thesenartigen Einschätzung ausgehend u.a. einen knappen Überblick über den palästinensischen Befreiungskampf bis heute voranzustellen, vor allem deswegen, weil sich in der palästinensischen Befreiungsbewegung seither scheinbar ein grundsätzlicher Wandel vollzogen hat.

Noch knapp vor einem Dreivierteljahr galt die Al Fatah als die wichtigste revolutionäre Organisation in Palästina, und sie wurde vor allem in der hiesigen bürgerlichen Presse ebenso wie in den meisten linken Organen entsprechend eingeschätzt oder hochgelobt. Die PFLP, die wir im Folgenden "Volksfront" nennen wollen, und die FDPLP wurden meist undifferenziert als bedeutungslose extreme Anhängsel der palästinensischen Befrei-

ungsbewegung angesehen oder entsprechend kritisiert. Seit Herbst vorigen Jahres setzt sich nun plötzlich mehr und mehr eine andere Einschätzung durch: Mit einem Mal haben alle "erkannt", daß die Fatah als revolutionäre Kraft im Nahen Osten "ausgedient" habe; im Mittelpunkt des Interesses und der meisten solidarischen Äußerungen steht nun die Volksfront als zweitgrößte Organisation der palästinensischen Befreiungsbewegung. Unsere Frage lautet: Was für eine politische Perspektive steht dahinter, sowohl in Bezug auf die Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Klassenkämpfe im Nahen Osten, wie auch direkt in Bezug auf die Entwicklung der palästinensischen Revolution?

Wir haben schon im Spätherbst 1970, damals noch als Trikont Hamburg, eine kritische Beurteilung der verschiedenen Strategien der palästinensischen Organisationen veröffentlicht,¹⁾ die uns eine heftige, teilweise hysterische Kritik einbrachte, und auf deren Grundlage wir im vorigen Jahr unsere "Thesen zum Nahen Osten" formulierten. Damals legten wir bereits dar, daß sowohl die Fatah, als auch die Volksfront mit ihren spezifischen Perspektiven nicht in der Lage sein würden, die "historisch bewußte Phase der antiimperialistischen Kampfes" im Sinne einer sozialistischen Revolution "im Nahen Osten einzuleiten".²⁾ Wir stellten fest, daß die Fatah - in ihrer

überwiegend kleinbürgerlichen Struktur - mit einer falschen, weil nationalistischen Perspektive die Kämpfe aufgenommen hatte, und daß die Volksfront nur dann zu einer bedeutenden revolutionären Kraft werden könne, wenn sie ihren eigenen "zentristischen Ansatz" überwinde und den "gleichzeitigen Prozeß der Organisation der Massen in bewußtseinsreproduzierenden Institutionen (Räten und Volksmiliz)" in ihre Strategie mit einbeziehe. Allein in der Strategie der FDPLP, der "Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas", erkannten wir einen langfristigen konzeptionellen Ansatz, der geeignet schien - und das gilt auch heute noch uneingeschränkt - den revolutionären Kampf im Nahen Osten zum Erfolg zu führen. ³⁾ Ihre Strategie ging aus von einer marxistischen Klassenanalyse im gesamten arabischen Raum, und gerade deswegen erscheint sie uns geeignet, die Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte der palästinensischen und arabischen Revolution zu schaffen, auf deren Grundlage es möglich sein wird in Zukunft geschlossen gegen das imperialistische Kapital im Nahen Osten vorzugehen, mit dem Ziel der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, die sowohl Palästina wie auch Israel einbezieht.

Die Entwicklung der palästinensischen Befreiungsbewegung stellt sich uns in folgender Zusammenfassung dar:

Die vernichtende Niederlage der kleinbürgerlichen und halbfeudalen arabischen Regimes im Juni-Krieg 1967 hat den palästinensischen Massen, insbesondere den Arbeitern, Bauern und Partisanen endgültig vor Augen geführt, daß diese Regime nicht imstande sind, ernsthaft die Existenz des israelischen Staates in Frage zu stellen. Die darauf folgende Entwicklung hat dann gezeigt, daß sie es überdies gerade wegen ihrer objektiven Klassenlage auch gar nicht wollen. Hatten die Erfahrungen des Juni-Krieges das palästinensische Volk von der Notwendigkeit überzeugt, seine Befreiung selbst in die Hand zu nehmen, so war es nun das unbestreitbare Verdienst der Al Fatah, daß sie diese Erfahrungen vorantrieb und der mehr oder weniger in Apathie und Elend dahinvegetierenden palästinensischen Gesellschaft

klar machte, daß sie ihre Befreiung nur im bewaffnete Kampf erreichen könne. Als sich jedoch im weiteren Verlauf der Kämpfe herausstellte, daß es dieser Organisation keineswegs um die konsequenten Ziele einer sozialistischen Revolution ging, sondern sie sich mehr und mehr mit den herrschenden Klassen der verschiedenen arabischen Staaten zu arrangieren begann, um einen eigenen palästinensischen Staat aufzubauen, löste sich bereits im Winter 1967/68 die "Volksfront für die Befreiung Palästinas" mit einem marxistisch-programmatischen Anspruch aus der "Arabischen Nationalen Bewegung" (MNA) heraus. Die gleichzeitige Verschärfung der Auseinandersetzungen mit dem feudalen Regime Husseins, das sich immer offener in die Abhängigkeit der israelisch- und US-imperialistischen Interessen hineinmanövrierte, ließ die Widersprüchlichkeit der "Nichteinmischungsstrategie" der Fatah in die "jordanischen Angelegenheiten" noch deutlicher zutage treten, die sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Stationen der Geschichte der palästinensischen Befreiungsbewegung zieht:

- Vom Beginn der Waffenbrüderschaft mit der jordanischen Armee in der Schlacht bei Al Karameh am 21. März 1968 gegen die Israels, über die stillschweigende Hinnahme des Angriffs jordanischer Artillerieeinheiten auf ein Lager palästinensischer Flüchtlinge in Wahdat im November 1968, über die Kämpfe mit jordanischen Truppen in Amman im März 1970, die faktisch in Jordanien eine Doppelherrschaft durch die revolutionären Fedajin und auf der anderen Seite durch Husseins Kompradorengierung herstellte, ohne daß die Fatah die Machtfrage stellte, über den kompromißlerischen Alleingang Arafats bei den Verhandlungen mit den arabischen Regierungen während und vor allem nach den Septembermassakern 1970 und die Entwaffnung der palästinensischen Miliz durch Hussein und Arafat bis hin zum Nationalkongress in Kairo 1971, der Arafat, den noch immer unbestrittenen Führer der Fatah, im vollen Einverständnis mit der arabischen Reaktion zeigt.

Diese Verschärfung der Klassenkämpfe hatte aber noch einen weiteren Klärungsprozess zur Folge: Im Frühjahr 1969 spaltete sich von der Volksfront der linke Flügel ab, der sich mit einer undogmatischen marxistischen Einschätzung des Verhältnisses von Programm und

programmatischer Methode als FDPLP konstituierte.

In ihrer Einschätzung der Niederlage des palästinensischen Widerstandes gegenüber dem jordanischen Regime im September 1970 betonte die FDPLP, daß die Ursachen dieser Niederlage nur in der spontanen und nationalistischen Mobilisierung des Kampfes gelegen hätten. Die Führung des Widerstandes habe vor allem kein politisches Programm gehabt, um mit den jordanischen Massen zusammenarbeiten zu können. Das Kernproblem des Kampfes sei "palästinisiert" worden, indem allein palästinensische Organisationen aufgebaut worden seien. Dadurch hätten sich die Palästinenser von den jordanischen Massen isoliert, und die anfänglichen Sympathien der Jordanier für die Revolution seien mehr und mehr in Feinseligkeit umgeschlagen.

Mit dieser Entwicklung ging seit Mitte 1971 eine weitere Festigung der reaktionären Kräfte im arabischen Raum einher; was sich vor allem in der Niederschlagung des Putsches in Marokko, der Hinwendung Sadats zu König Feisal von Saudi-Arabien, in den Verhaftungen von Führern der Widerstandsorganisation "As Saika" durch das Regime Assads in Syrien und schließlich in den antikommunistischen Säuberungen in der in Syrien stationierten "Palästinensischen Befreiungsarmee" PLA festmachte. Vor diesem Hintergrund setzte Hussein im Juli 1971 dann zu seinem entscheidenden Schlag gegen die Fedajin an: Mit einem Großangriff wurden in wenigen Tagen die Fedajineinheiten in Jordanien zerschlagen und der Rest nach Syrien vertrieben. Diese Niederlage wird besonders deutlich durch die Flucht von 96 Palästinensern nach Israel illustriert.

Auch im Libanon sind inzwischen die politischen Büros der Organisationen geschlossen und die Fedajin im Süden des Landes werden zunehmend an ihrer Arbeit unter den Massen gehindert.

Um diese umfassende militärische Niederlage der palästinensischen Befreiungsbewegung auch politisch zu besiegeln, arrangierten im Herbst 1971 saudi-arabisch-ägyptische Vermittler zwischen

dem jordanischen Regime und der Führung des Widerstands eine "Versöhnungskonferenz" in Djidda. Auf dieser Konferenz zeigte sich nun klar, wer zur arabischen Reaktion gehört, so daß niemand mehr die Fatah als eine revolutionäre Organisation ansehen kann. Die Tatsache, daß sich an diesem Punkt auch die Volksfront ohne Vorbehalte von der Fatah distanzierte, hat ihr zumindest außerhalb des Nahen Ostens die neuerliche Solidarität von den verschiedenen linken politischen Kräften eingebracht. Es muß jedoch festgestellt werden, daß auch bei dieser Organisation keine weiterreichenden strategischen Ansätze zu beobachten sind, die geeignet wären, der sozialistischen Revolution zum Durchbruch zu verhelfen.

Aufgabe dieses Artikels ist nun, dieses ebenso nachzuweisen, wie die im Sinne einer sozialistischen Perspektive gescheiterte Politik der Al Fatah darzustellen, deren mögliche Bedeutung durch ihre bloße Existenz als eine auch heute immer noch sehr mitgliederstarke Organisation wir für die arabische Reaktion nicht verkennen wollen.

Al Fatah - Wandel von einer revolutionären Avantgarde zu einer kleinbürgerlich-nationalistischen Organisation?

Zur Fatah formulierten wir in Nummer 2 unserer Zeitschrift:

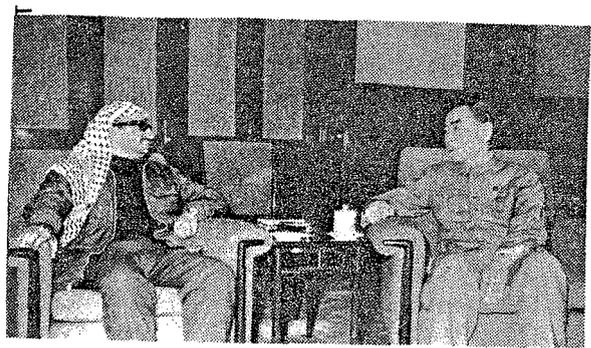
"Die Politik der Al Fatah ist als palästinensischer Ausdruck der nationalen, kleinbürgerlichen Kräfte in jenem Gebiet zu bezeichnen, vergleichbar denen, wie sie auch in Syrien, Ägypten oder Libyen zu finden sind. In Palästina konzentrieren sich die Anstrengungen dieser Kräfte zunächst auf die Errichtung eines eigenen Staates. Die Ziele dieser kleinbürgerlichen Führung gehen nicht über die Erreichung der nationalen Unabhängigkeit und die Errichtung eines Staates, in dem diese Schichten die Führung übernehmen, hinaus. Die Kluft zu den Zielen der revolutionären Kräfte, die sich nur auf eine sozialistische Bewegung im gesamten Nahen Osten richten können, zeichnet sich schon seit langer Zeit immer deutlicher ab. Damit beweist Al Fatah, daß ihre Interessen nicht identisch sind mit denen der Arbeiter und Bauern in Palästina. Mit der Durchsetzung ihrer Strategie hat Al Fatah die sozialistische Revolution verraten."

Diese Beurteilung wird auch keineswegs dadurch in Frage gestellt, daß ein führender politischer Kommissar der Fatah beispielsweise jüngst in einer Stellungnahme zu den "Septemberereignissen" von 1970 und den daraus für die Fatah gezogenen Konsequenzen ausführlich beteuerte, "daß die Revolution eine Wissenschaft" sei und daß "es innerhalb der Revolution selbst sehr komplizierte und labile Kräfteverhältnisse" gebe, "die sehr sorgfältig und wissenschaftlich angegangen werden müssen, wenn man den Sieg erreichen will"; und daß es daher darauf ankäme, wie es die Fatah allein angeblich begriffen habe, "zu allererst die Widersprüche zwischen den palästinensischen und den jordanischen Massen" zu analysieren, und daß man auf der Grundlage solcher Analysen die Massen dann organisieren und mobilisieren müsse, indem man mit ihnen hauptsächlich diskutiere, "wie man unterirdische Schutzbunker baut, wie man Dörfer und Lager verteidigt, gegen Panzer kämpft, Blut für die Verwundeten bereitstellt, Nahrungsmittel- und Wasservorräte anlegt, die Toten begräbt etc." 4) Solche Beteuerungen sind allerdings nur im Gesamtrahmen ihrer politischen Strategie verständlich, und es muß nicht nur gefragt werden, wie denn die angeblichen Analysen inhaltlich aussehen, sondern vor allem auch, welche weitere Politik daraus abgeleitet wird. Letzteres wird bereits aus der zitierten Stellungnahme deutlich. Es ging um zweierlei:

Erstens sollte die FDPLP kritisiert und attackiert werden, indem man ihr unnachgewiesen und - was immerhin leicht nachprüfbar ist - völlig ungerechtfertigt vorwarf, daß sie keine wissenschaftlichen Analysen für ihr strategisches Vorgehen erstellt habe, daß sie vergesse, die Massen zu politisieren, "revolutionäres Bewußtsein zu schaffen", die Arbeiter und Bauern "in den revolutionären Kampftraditionen (zu) erziehen" und ihnen zu zeigen, "wie sie sich weiter auf den revolutionären Krieg vorbereiten können" 5), zweitens sollte aber vor allem das Kairoer Abkommen nachträglich als "Notwendigkeit" und "bedeutsame Entscheidung, die von den Kämpfern in Amman selbst beschlossen wurde", gerechtfertigt werden, um Hussein daran zu hindern (!), "die Revolution zu zerschlagen".

Es braucht hier nicht weiter auf solche Rechtfertigungen eingegangen zu werden; ihr Stellenwert läßt sich ohnehin erst mit der Kenntnis des politischen Programms, auf dessen Grundlage die Gesamtstrategie der Fatah beruht, abmessen. Zwar ist die Fatah nie mit einem politischen Programm an die Öffentlichkeit getreten, was ihre Konzeption und die daraus abgeleitete Strategie lange nur äußerst schwer erkennen ließ, aber eine wenn auch nur kurze Skizzierung ihrer bisherigen Politik wird die klar umrissene und stets konsequent eingehaltene Perspektive dieser "Organisation" deutlich machen. Ausserdem können wir das im März 1971 verabschiedete "Politische Programm" des "Palästinensischen National-Kongresses" - der "Palästinensischen Nationalversammlung" - mit der Fatah und ihrer Politik ohne Schwierigkeiten identifizieren, denn der Palästinensische National-Kongreß wird eindeutig von der Fatah dominiert.

Als die Fatah zu Beginn des Jahres 1965 den Kampf organisiert aufnahm, kennzeichneten zwei Merkmale ihre Strategie, die wir bei unserer Betrachtung beachten müssen, weil sie bis heute ihre Gültigkeit nicht verloren haben: Erstens verstand sich die Fatah von vornherein als eine Sammelbewegung und nicht als eine Organisation: sie meinte, daß es ein gemeinsames Ziel aller Volksschichten und Klassen gebe, welches jenseits der Klasseninteressen läge: die Befreiung Palästinas. Zweitens stellte sie ihre Strategie unter die Parole, den Kampf auf den "Hauptwiderspruch", den Imperialismus und Zionismus, zu begrenzen; in diesem Zusammenhang wurde von Anfang an eine widersprüchliche und äußerst schwankende Haltung in Bezug auf den "Nebenwiderspruch", die arabische Reaktion, sichtbar, die vor allem in der Maxime von der



Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Jordaniens zum Ausdruck kommt.

Für die Fatah, die nach dem Juni-Krieg 1967 in erster Linie von jordanischem Gebiet aus operierte, bestand allerdings von Anfang an kein Zweifel darüber, daß auch das jordanische Regime Teil des "Nebenwiderspruchs", der allgemeinen arabischen Reaktion, sei. Aber nicht die Klassenstruktur der jordanischen und der gesamtarabischen Gesellschaft war hier ausschlaggebend, sondern allein der vermeintlich gemeinsame Feind Israel; wobei zugleich auch in keiner Weise nach der Gesellschaftsstruktur dieses Staates, den man als Ganzes zum "Hauptwiderspruch" deklariert hatte, gefragt wurde. Zwar beteuerte man immer wieder, besonders nachdem einmal das böse Wort, "Werft die Juden ins Meer", gefallen war, daß man einen "palästinensischen Staat" wolle, "in dem Juden, Araber und Palästinenser gleichberechtigt nebeneinander leben" könnten. Auf welcher Grundlage diese Gleichberechtigung aber zustande kommen würde, da man jetzt den Staat Israel mit seiner gesamten jüdischen Bevölkerung ohne Berücksichtigung des israelischen Proletariats bekämpfte, blieb unklar.

Die Fatah war also von vornherein bereit, sich mit jedem Regime zu verbünden, welches gegen den Staat Israel, aus welchen Gründen auch immer, zu kämpfen bereit war; und um das Ziel eines "demokratischen", in Wahrheit kleinbürgerlichen Staates, vielleicht nach dem Muster Ägyptens, Syriens oder Libyens, zu erreichen, war sie zu jedem Zugeständnis auch einem feudalen Regime gegenüber bereit, das immerhin schon vor dem Juni-Krieg 1967 seine Existenz nur imperialistischen Interessen verdankte.

Diese fatale Politik und ihr wirklicher Charakter treten noch deutlicher zutage, wenn wir dieses "Bündnis" etwas näher betrachten. Angesichts des zunehmenden Elends in Jordanien, das sich vor allem infolge des Juni-Krieges wesentlich verschlimmert hatte, war es zunächst sehr leicht, die Massen zu mobilisieren und Sympathien bei ihnen für die Revolution und den bewaffneten Kampf zu wecken. Als es aber im Laufe der weiteren Entwicklung der Fatah nicht

gelang, aus der dauernden Konfrontation mit dem jordanischen Herrschaftsapparat und vor allem mit der jordanischen Armee heraus ihre Perspektive der Revolution zu präzisieren, ebten die Sympathien der Massen schnell ab. Für sie blieb es unverstänlich, daß die Fatah trotz der steten Verschärfung der jordanischen Unterdrückungsmechanismen immer wieder betonte, es müsse davon ausgegangen werden, "daß die Probleme der arabischen Welt erst nach (!) und nur durch eine Lösung des Palästina-Problems gelöst werden" könnten.⁶⁾ Und die Stimmung der Massen schlug allmählich sogar vielfach in eine Feindschaft gegen die Fedajin um, als die Fatah von dieser ihrer Nichteinmischungsstrategie auch noch nicht abrücken wollte, nachdem von jordanischen Truppen seit November 1968 palästinensische Flüchtlingslager bombardiert wurden und die Auseinandersetzungen in Jordanien sich immer mehr zuspitzten. Darüber konnten auch nicht vereinzelte Bunkerbauten in einigen ausgewählten Flüchtlingslagern hinwegtäuschen, schon gar nicht, als sogleich offenkundig wurde, wozu diese Bunker gebaut worden waren, nämlich um schön verziert und blumengeschmückt ausländischen Journalisten und anderen Besuchern als Renommiestücke zur Schau gestellt zu werden.

So konnte das Verhalten der Fatah nach den Massakern im September 1970, mit dem Hussein immerhin die gesamte palästinensische Befreiungsbewegung, also auch die Fatah liquidieren wollte, nicht mehr überraschen: Während sogar kleinbürgerliche Kräfte des Nahen Ostens das jordanische Regime verurteilten, reiste Arafat nach Kairo, um mit einer demonstrativen öffentlichen Umarmung Husseins die schrittweise Zurücknahme aller durch die Massen erkämpften Positionen einzuleiten.

Das Kairoer Abkommen, das dann noch durch die Abkommen von Amman und Beirut ergänzt bzw. erweitert wurde, stellt nicht nur eine totale Kapitulation der Fatah dar, es liefert vielmehr tatsächlich die Grundlage für die restlose Liquidierung der palästinensischen Befreiungsbewegung. Ein Kampf ist jetzt nur noch nach den jordanischen Vorstellungen möglich, denn

Das Abkommen garantiert ausdrücklich "die Beachtung der Souveränität des jordanischen Staates im Rahmen seiner Gesetze unter Berücksichtigung der Sonderregelungen für die Kommandoperationen".⁷⁾ Durch diese Garantie verlieren alle anderen Formulierungen über etwaige "Zugeständnisse" gegenüber den Fedajin an Gewicht, ja, die "Sonderregelungen für die Kommandoperationen" sind in dem Abkommen von Amman dahingehend weiter präzisiert worden, daß jede Aktion faktisch und praktisch nur noch nach den Befehlen der jordanischen Militärs erfolgen kann.

Alle Ereignisse, die nun folgen, sind nur noch die Konsequenzen der in Kairo und Amman festgelegten Politik der aufgegebenen Positionen. Zehn Tage nach dem Abkommen von Amman, am 23. Oktober 1970, schließt Arafat ein weiteres Abkommen, dieses Mal mit der libanesischen Regierung in Beirut, nachdem alle Büros der Fedajin in den Städten und Lagern des Libanon bis auf ein jeweiliges Büro des Zentralkomitees der Fatah geschlossen werden. Dieser Schlag der Fatah bzw. Arafats richtete sich vor allem gegen die linken und marxistischen Organisationen, die dadurch in ihrer Arbeit besonders unter den Massen eingeschränkt werden sollten und seit Inkrafttreten des Abkommens im Januar 1971 auch eingeschränkt wurden.

Gipfelpunkte dieser Politik waren dann schließlich das zweite Abkommen von Amman im Januar 1971, indem die Entwaffnung der palästinensischen Miliz beschlossen wurde, die Verabschiedung des "Politischen Programms" des Palästinensischen Nationalkongresses im März 1971, in dem die Fatah ihr politisches, "grundlegendes und zentrales Ziel", die "Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina"⁸⁾, das heißt, "vollständig das ganze palästinensische Heimatland zu befreien (!)"⁹⁾, durchsetzte, und die Konferenz in Djidda im September 1971, auf der sich unter dem Motto "back to Palestine" die Fatah endgültig und ganz offen zum palästinensischen Nationalismus bekannte. Damit wurde ihre Einordnung in die Phalanx der kleinbürgerlichen arabischen Regimes jedem deutlich. Die Fatah akzeptierte die Forderung Husseins, die er aus Anlaß der Konferenz

von Djidda erneut aussprach: "Jordanien lehnt jede Präsenz arabischer Kräfte auf seinem Territorium ab - es sei denn, sie unterstellen sich jordanischem Kommando oder werden Teile der bewaffneten Kräfte unseres Landes."¹⁰⁾

Ziehen wir jetzt das Fazit aus der Geschichte der Fatah: diese Organisation hat sich in keiner Weise von einer revolutionären, sozialistischen Avantgarde zu einer kleinbürgerlich-nationalistischen Organisation gewandelt, sie ist vielmehr von Anfang an nichts anderes gewesen als der organisierte Ausdruck der nationalen und kleinbürgerlichen Kräfte Palästinas,

Für diejenigen Organisationen, die aufgehört haben, auf die Fatah als revolutionäre Kraft zu setzen, muß aber eines klar werden: Die Fatah ist ein erneutes Beispiel dafür, daß es politisch falsch ist, nationalistische Kräfte zu unterstützen in der bloßen Hoffnung, unter ihnen befänden sich auch die sozialistischen, die sich von selbst irgendwann einmal an die Spitze hocharbeiten würden. Es kommt darauf an, die sozialistischen Elemente von Anfang an zu suchen und sie nach Kräften zu fördern, wenn man nicht zusehen will, wie diese "progressiven nationalistischen Kräfte" den Sozialisten ihren bürgerlichen Pferdefuß zeigen.

Bei der Fatah waren sozialistische Forderungen lediglich schmückendes Beiwerk ihrer nationalistischen Politik. Auf der verbalen Ebene stellte sie zwar hin und wieder die Forderungen nach "Klassenanalysen" auf, aber abgesehen davon, daß sie selbst nie eine solche "Klassenanalyse" erstellte, wird bereits die Art und die Funktion dieser "Klassenanalysen" aus dem Zusammenhang deutlich, in dem diese Forderungen gestellt wurden. So heißt es beispielsweise in der eingangs zitierten Stellungnahme zu den Septemberereignissen von 1970, daß "der Widerspruch zwischen den palästinensischen und den jordanischen Massen" analysiert werden müsse. Es heißt nicht, daß der Klassencharakter der palästinensischen, jordanischen und israelischen Massen untersucht werden müsse, und erst recht nicht, daß die Strategie des Imperialismus im Nahen Osten analysiert werden müsse. Eine poli-

tische Mobilisierung der Massen wird abgelehnt; - "um revolutionäres Bewußtsein zu schaffen", solle vielmehr mit der Bevölkerung diskutiert werden, "wie man unterirdische Schutzbunker baut, wie man Dörfer und Lager verteidigt... etc." ¹¹⁾

Die PFLP - keine Alternative zur Al Fatah

In derselben unkritischen und opportunistischen Weise wie die Al Fatah heute ohne Analyse ihrer Fehler abserviert wird, wird jetzt die "Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP) von manchen Organisationen hochgelobt, ohne daß die wirkliche Situation und die durch sie bestimmten spezifischen Kampfbedingungen im Nahen Osten berücksichtigt werden. Es gilt daher, in erster Linie eine Antwort auf die Frage zu geben, ob die Volksfront denn wirklich eine revolutionäre Alternative zur Fatah darstellt.

Als sich im Winter 1967/68 erstmalig zeigte, daß sich die Fatah zu einem jedes sozialistische Prinzip in Frage stellenden Arrangement mit der arabischen Reaktion bereitfand, löste sich die Volksfront aus der "Arabischen Nationalistischen Bewegung" heraus, um ihren Kampf auf der Grundlage des "Marxismus-Leninismus" fortzuführen. Als Alternative zur dominierenden Fatah war sie gezwungen, ihre eigene Strategie zu entwickeln und ihren marxistischen Anspruch programmatisch auszuweisen. So setzte zunächst eine innerorganisatorische Auseinandersetzung über die politische Perspektive ein, die von den sich immer mehr verschärfenden Kampfbedingungen begleitet und im entscheidenden Maße beeinflußt wurde. Wir können über den Gang dieser Diskussionen keine genaueren Aussagen machen, da das uns zugängliche Material über die Volksfront und ihre Politik nur sehr spärlich ist. Aufschlußreich aber waren die ersten sichtbaren Ergebnisse dieser innerorganisatorischen Auseinandersetzungen, denn sie zeigten die Kernprobleme auf, an denen die Diskussionen zu grundlegenden ideologischen Differenzen geführt hatten: im August 1968 trat der "linke Flügel" auf einem Kongress

der Volksfront mit einem Programm auf, das eine detaillierte Einschätzung der Situation in Jordanien und in den besetzten Gebieten enthielt. Die Verfechter dieses Programms gingen davon aus, daß sich die Guerillaorganisationen "sowohl mit dem zionistischen Staat als auch mit den reaktionären und sozialdemokratischen Kreisen in den arabischen Ländern konfrontiert" sähen, und daß daher jede Nichteinmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten dieser arabischen Länder abzulehnen sei. ¹²⁾ Demgegenüber wollte der "rechte Flügel" der Volksfront vorrangig den bewaffneten Kampf zur Befreiung Palästinas vorantreiben. Zwar leugnete auch er nicht die Notwendigkeit des Kampfes gegen die arabische Reaktion und war sich sehr wohl bewußt, daß diese Reaktion versuchen werde, die Massen zu manipulieren und bei günstiger Gelegenheit der Revolution unversehens einen Schlag zu versetzen, der zur Niederlage führen könne, ¹³⁾ aber er wollte den Kampf gegen diese reaktionären Kräfte nach Möglichkeit lieber auf später vertagen.

Solche Unterschiede, die dann Anfang 1969 zur Spaltung und Entstehung der FDPLP führten, signalisieren bereits auch grundsätzliche Differenzen im politischen Verständnis beider Fraktionen. Die Forderung des "sozialistischen Flügels", "die Abschaffung der reaktionären Herrschaftsapparate durch die zu organisierenden Arbeiter- und Bauernmassen" auf die Tagesordnung der palästinensischen Revolution zu setzen, ¹⁴⁾ zeigt zumindest, daß hier der palästinensische Befreiungskampf nur als Teil des Klassenkampfes - der sozialistischen Revolution im gesamten Nahen Osten - begriffen wird; die Basis dieses Kampfes sind die Arbeiter- und Bauernmassen im gesamten arabischen Raum; und die Befreiungsbewegung kann nur als Befreiung von der Herrschaft des Klassenfeindes verstanden werden und nicht als Befreiung eines bestimmten Territoriums. Mit einer solchen Perspektive stellt sich in der Tat eine Alternative zur Fatah vor.

Demgegenüber läßt sich die Perspektive des "rechten Flügels" zunächst nur schwer von der der Fatah unterscheiden. Die Vorstellung, man könne den Kampf gegen den

Zionismus und Imperialismus in Gestalt des Staates Israel von den Problemen des gesamten palästinensischen Klassenkampfes trennen, wird weder durch die Forderung nach einer wissenschaftlichen, sozialistischen, revolutionären Theorie als marxistisch ausgewiesen, noch zeigt sie im Zusammenhang mit irgendwelchen einschränkenden Beteuerungen die Möglichkeiten einer alternativen Strategie auf. Denn eine solche Trennung ist nur möglich, wenn man nicht einsieht, daß hinter den verschiedenen politischen Formen - der arabischen Reaktion, Israel etc. - derselbe Feind steht: der Imperialismus.

Nachdem sich der linke Flügel mit seiner ausgewiesenen marxistischen Programmatik von der Volksfront abgespalten hatte, bemühten sich die führenden Kräfte des rechten Flügels, die Organisation auf der Grundlage ihrer Konzeption zu festigen und zu vereinheitlichen. Mit dem Vorsatz, den Marxismus-Leninismus nicht zum Dogma werden zu lassen, ¹⁵⁾ versuchten sie den Ausbau ihrer Konzeption mit einer selbstkritischen Einschätzung zu verbinden. Dabei standen die praktischen Kampferfahrungen - nicht nur die Kommandooperationen gegen Israel, sondern auch die sich ständig verschärfenden Klassenauseinandersetzungen in Jordanien etc. - auf der Tagesordnung, wenngleich die Frage der Prioritäten in der Gesamtstrategie in keiner Weise verändert wurde. Das Ergebnis dieser Bemühungen, das sich bereits im Frühjahr 1969 in einer Strategiebroschüre niederschlug, läßt denn auch überall die Folgen aus den Fehlern deutlich zutage treten, die sie mit der Trennung zwischen dem Kampf gegen den Zionismus/Imperialismus und dem Kampf gegen die arabische Reaktion zum Ausgangspunkt ihrer konzeptionellen Überlegungen gemacht hatten:

In der Beschreibung und Einschätzung des Klassenfeindes verfällt die Volksfront auf eine Kategorisierung des Imperialismus in vier voneinander getrennte Formen, die allein dadurch im Zusammenhang miteinander stehen, daß sie den palästinensischen Widerstand bekämpfen; schon die Bezeichnung dieser vier Formen ist aufschlußreich: 1. Das rassistische

und expansionistische Israel mit seiner technischen Überlegenheit, 2. der rassistische religiöse Weltzionismus, der Israel mit Geld und Menschen versorgt, 3. der Weltimperialismus, der die arabische Welt ausbeutet und in Israel die Möglichkeit findet, die arabische Befreiungsbewegung zu bekämpfen und schließlich 4. die arabische Reaktion. ¹⁶⁾ Der Staat Israel steht in dieser Aufteilung an erster Position, da es ihn als ersten zu bekämpfen gelte, wobei ein Bündnis mit den verschiedenen Klassen der verschiedenen arabischen Staaten nicht ausgeschlossen wird. Hier wird also auch weder die Klassenstruktur der israelischen, der arabischen oder der jordanischen Gesellschaft in Betracht gezogen, noch werden die inneren Zusammenhänge der imperialistischen Strategie eingeschätzt oder erkannt; geschweige denn, daß man solche Kräfte berücksichtigt, wie etwa die Politik der Sowjetunion in diesem Raum.

Wie sehr sich die Volksfront immer wieder auf solche Vorstellungen fixiert hat, zeigt sich sodann besonders anschaulich an den detaillierten Einschätzungen des Staates Israel: Auf der einen Seite stelle Israel eine politische, militärische, ökonomische und soziale Einheit dar und sei deshalb eine überlegene militärische Macht im Nahen Osten, auf der anderen Seite gebe es aber auch innerhalb dieses Staates, in dem die Juden wie in einem Ghetto leben, soziale Widersprüche, so z.B. würden die orientalischen Juden im Gegensatz zu den europäischen Juden unterdrückt, und der palästinensische Befreiungskampf habe auch unter den Israelis Strömungen gegen die zionistische Reaktion hervorgerufen, die sich in eine "demokratische und progressive Einheit in Palästina" einzuordnen begännen. ¹⁷⁾ Diese letzteren Widersprüche innerhalb Israels müsse man ausnutzen, indem man sich für den nationalen palästinensischen Befreiungskampf mit solchen demokratischen und progressiven Kräften verbündet. Dabei wird übersehen, daß diese progressiven Kräfte im Rahmen einer sich verändernden Strategie des Imperialismus in Israel - weg vom politischen Zionismus hin zu einer Politik der offenen Brücken nach Jor-

danien - integriert werden: eine adäquate Antwort hierauf kann nur die Einbeziehung des jüdischen Proletariats in die Konzeption des arabischen Befreiungskampfes sein.

Abschließend wollen wir auf das Verhältnis der Volksfront zu den Massen eingehen. Wir haben zwar gesehen, daß sie im Unterschied zur Fatah sehr wohl auch einen Bündnispartner für die Revolution innerhalb des Staates Israel reflektiert, aber dieser Bündnispartner wird nur sehr bedingt durch die Klassenwidersprüche innerhalb der israelischen Gesellschaft bestimmt. Andererseits müssen wir jedoch festhalten, daß die Volksfront in Bezug auf ihr Verhältnis zu den Massen in Jordanien immerhin im Rahmen ihrer programmatischen Auseinandersetzungen zu einer "Selbstkritik" gefunden hat: Es sei falsch gewesen, heißt es in ihrer Strategiebroschüre, daß man sich auf die Städte konzentriert habe, dort, beispielsweise in Amman, habe die Organisation nur in den kleinbürgerlichen Schichten ihre Basis gefunden; deshalb müßten die Kader und Mitglieder der Organisation jetzt aufs Land und in die Lager gehen, wodurch sie eine Basis unter den Armen und Unterdrückten erhalte und wodurch die führenden Kader mit den erforderlichen Kämpfern versorgt werden würden. Mit der Parole "unter den Massen leben, von ihnen lernen und sie lehren"¹⁸⁾ müsse die Volksfront zu einer Organisation aus Arbeitern und Bauern werden, damit wäre dann eine solide Basis für die Revolution geschaffen.

Bis zu den Septembermassakern von 1970 hat dann die Volksfront tatsächlich unter den Massen in Jordanien gearbeitet, jedoch hat sie dabei wiederum sehr säuberlich zwischen dem vorrangigen Ziel, die Bekämpfung des zionistischen Feindes Israel und der sozialistischen Revolution getrennt. In erster Linie wurden die Palästinenser agitiert, während ein Konzept für die Arbeit unter den jordanischen Massen fehlte.

Darüber hinaus war ihre Politik unter den Arbeitern und Bauern, vor allem aber unter den palästinensischen Flüchtlingen so konzipiert, daß die Massen weitgehend in ei-

ner passiven Rolle gehalten wurden - nur dann, wenn die Volksfront die völlige Kontrolle über die Massen gewährleisten sehe, könne "die Gefahr der 'Impulsivität' in der politischen Aktion" der Massen abgewendet werden. Den Massen mußte auch die lange Zeit äußerst vorsichtige Haltung gegenüber der massenfeindlichen Politik der Al Fatah unvermittelt bleiben. Die notwendige scharfe Kritik an der Al Fatah konnte von diesem politischen Verständnis aus aber deshalb nicht geleistet werden, weil die Volksfront kein grundlegend neues Verhältnis zu den Massen entwickelt hatte, weil sie keine massenorientierte Praxis entwickelte, die eine Alternative zur Al Fatah aufgezeigt hätte.

Die für die Volksfront typischen Aktionen, die Flugzeugentführungen früherer Jahre, die Hotelbesetzungen in Amman im Juni 1970 oder der Überfall auf einen israelischen Tanker, 1971, hatten zwar eine große propagandistische Wirkung, aber es waren keine Aktionsformen, die von den Massen hätten aufgegriffen und weiterentwickelt werden können. Vielmehr verstärkten diese Aktionen das, was schon im allgemeinen politischen Verständnis der Volksfront angelegt ist: das Handeln der Organisationen anstelle des bewußten politischen Handelns der Massen.

Diese Tendenz ist nun immer deutlicher geworden. Nach der Niederlage des Widerstandes in Jordanien 1970/71 zieht Habbasch eine Bilanz¹⁹⁾, die darin gipfelt, den Aufbau der revolutionären Partei zu propagieren: "Die marxistisch-leninistische Partei entwickelt die richtige Perspektive, sie ist die Kraft, die das Bewußtsein der Massen mobilisiert und die Garantie für die Fortführung bis zum Sieg gibt." Der Parteaufbau, der nicht aus den Kämpfen der Massen und aus der konkreten Situation abgeleitet ist, erscheint als das Allheilmittel, mit dem man die politischen Schwierigkeiten überwinden will. Mit diesem Schritt werden denn auch die letzten Bindungen zu den Massen in Frage gestellt und der ursprüngliche Vorsatz, den Marxismus-Leninismus nicht zum Dogma verkommen zu lassen, wird zur Phrase degradiert. Diese Politik scheint uns nicht den Ansatz zu ergeben, um in der jetzigen desolaten Situation im Nahen Osten eine Perspektive aufzuzeigen.

Anmerkungen:

- 1) Veröffentlichungen der TRIKONT Hamburg, Resolution der Generalversammlung zum antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten vom 7. 11. 1970, auch abgedruckt in Al Djabba, Ende 1970.
- 2) ebenda
- 3) Wir beziehen uns dabei in erster Linie auf die damaligen strategischen Äußerungen der FDPLP, die allerdings einer Weiterentwicklung in vielen Punkten bedürfen. Inwieweit diese Organisation diesen Aufgaben unter Einbeziehung der neuen Lage (Verlust der Massenbasis etc) praktisch und theoretisch gerecht wird, vermögen wir augenblicklich nicht abzusehen. Auf alle Fälle scheint uns eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Entwicklung auch dieser Organisation angebracht zu sein.
- 4) Palästinensische Revolution, Resistencia Schriften Nr. 12 1971, S. 22 - 24
- 5) ebenda
- 6) Resistencia-Schriften Nr. 10, 1970, S. 15
- 7) Resistencia Schriften Nr. 11, 1970, Das Kairoer Abkommen § 8, vgl. auch Fateh vom 30. 9. 1970
- 8) Fateh v. 23. März 1971
- 9) ebenda
- 10) Frankfurter Rundschau v. 11. Okt. 1971
- 11) Resistencia Schriften Nr. 12, S. 22 - 24
- 12) FDPLP: Die Spontaneität der Massen und die Theorie des Volkskrieges; Hrsg. SDS Heidelberg o. J.
- 13) G. Habbasch: Camarades ouvriers, Department de l'information, Beyrouth, 1970 Hrsg. PFLP
- 14) FDPLP: Die Spontaneität ...
- 15) PFLP: A strategy for the Liberation of Palestine, Amman 1969, S. 91 ff
- 16) PFLP: A strategy ... S. 7 ff
- 17) PFLP: Les ennemis de la Révolution Palestinienne, par G. Habbache, Amman 1970
- 18) PFLP: A Strategy ... S. 103
- 19) PFLP: Zur gegenwärtigen Lage der palästinensischen Revolution. Interview von G. Habbasch, aus Al-Hadaf, 2. 10. 71, Eigendruck, Hannover

Internationale Marxistische Diskussion



1 Berlin 15
Postfach 327

1. Charles Bettelheim
Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den "sozialistischen Ländern" DM 2,-
 2. Lucio Colletti/Lucio Libertini/Livio Maitan/Lucio Magri
Über Lenins "Staat und Revolution" - heute DM 5,-
 3. Martin Nicolaus
Konkurrenz und Mehrwert. Zur Klassentheorie bei Marx DM 4,-
 4. Eduarda Masi
Der Marxismus von Mao und die europäische Linke DM 2,-
 5. Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und "Il Manifesto". Einleitung: R. Rossanda DM 3,-
 6. Jean Laplanche
Marcuse und die Psychoanalyse DM 2,-
 7. Lucio Colletti
Zur Stalin-Frage DM 2,-
 8. Maurice Godelier
System, Struktur und Widerspruch im "Kapital" DM 2,-
 9. Ernest Mandel/Martin Nicolaus
Kontroverse über die Möglichkeit einer Revolution in den USA DM 4,-
 10. Louis Althusser
Freud und Lacan DM 2,-
 11. Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von "Il Manifesto" DM 5,-
 12. Mario Tronti
Extremismus und Reformismus DM 4,-
 13. Martin Nicolaus
Die Objektivität des Imperialismus. Anti-Mandel
Ernest Mandel
Die Widersprüche des Imperialismus DM 8,-
 15. Ralph Miliband
Marx und der Staat DM 2,-
 17. Rossana Rossanda
Der Marxismus von Mao Tse-tung DM 2,-
 18. Adriano Sofri/Luciano Della Mea
Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua DM 5,-
 19. Alfred Sohn-Rethel
Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit.
2 Aufsätze DM 4,-
 20. "Classe e Stato"
Frederico Stame, Nicoletta Stame, Luca Meldolesi
Die Dialektik von Partei und Massen in der chinesischen Theorie -
Bericht eines FIAT-Arbeiters über die Arbeitsorganisation in der chinesischen Fabrik DM 2,-
 21. Massimo Salvadori/Vittorio Rieser
Rätesystem und Maoismus. DM 5,-
- ARBEITSPAPIERE
1. Serafini/Magri/Pintor
Die Einheit der Klassenlinken herstellen
Nationale Arbeiter-Konferenz der Gruppe "Il Manifesto"
Mailand 30. - 31. Jan. 1971 DM 1,80
 2. Giampiero Mughini
Die KP Italiens und die nicht-reformistischen Gruppen DM 2,80
 3. Revolutionärer Kampf (ehem. BPG Frankfurt)
a) Untersuchung-Aktion-Organisation
b) Zur politischen Einschätzung von Lohnkämpfen DM 1,50
 4. Woher kommen die richtigen Ideen
Eine Kontroverse zwischen "Il Manifesto" und "Lotta Continua" DM 2,30